

Verwaltung

Rat ö 22.05.2012

TOP: Ö 4.4

Gremium: [Rat der Stadt Osnabrück](#)

Beschlussart: ÄA ZG beschlossen

Datum: Di, [22.05.2012](#)

Status: öffentlich/nichtöffentlich

Zeit: 17:10 - 22:10

Anlass: Sitzung

Raum: Rathaus, Ratssitzungssaal

Ort: Markt, Osnabrück

[VO/2012/0987 Zulassungsservice](#)

Status: öffentlich

Vorlage-Art: Antrag

: FDP-Fraktion

Beratungsverlauf:

Herr Dr. Thiele begründet den Antrag namens der FDP-Fraktion. Er fordert dazu auf, die elektronischen Möglichkeiten der An-, Um- und Abmeldung von Kraftfahrzeugen zu nutzen und hierfür die Erfahrungen des Rhein-Neckar-Kreises einzubeziehen.

Frau Häs unterbreitet namens der Zählgemeinschaft SPD/Bündnis 90/Die Grünen den folgenden Änderungsantrag:

„Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie ein elektronischer Zulassungsservice umgesetzt werden kann. **Der Beschlussvorschlag wird in den Organisations- und Personalausschuss verwiesen. Die Verwaltung wird in diesem Sinne beauftragt, die Thematik im Rahmen eines allgemeinen Berichts zum aktuellen Stand einer Umsetzung des E-Gouvernements zu erläutern. Dabei muss unter anderem anhand eines Zeitplanes deutlich werden, welche Projekte bereits umgesetzt wurden, welche zur Umsetzung anstehen und welche möglichen weiteren Projekte realisierbar sind.**“

Sie begründet die Einzelheiten des Änderungsantrages.

Herr Panzer verweist namens der SPD-Fraktion darauf, dass der Rat sich in einer der letzten Sitzungen mit dem Punkt Online-Beschwerdemanagement sowie mit den Möglichkeiten einer Osnabrück App beschäftigt habe. Hieraus werde deutlich, dass ein Gesamtkonzept erforderlich sei. Hierfür sei zunächst zusätzlicher Mittel- und Personaleinsatz erforderlich; Entlastungseffekte träten erst mittelfristig auf.

Herr Griesert legt dar, dass es bundesweit keine Kommune gebe, die einen kompletten Online-Service anbiete. Dies sei darauf zurückzuführen, dass die Ver- und Entsigelung der Nummernschilder nicht online erfolgen könne. Im Rhein-Neckar-Kreis erfolge lediglich der Datenaustausch und die Vergabe von Terminen online. Er rät dazu, entsprechende organisatorische Fragen im Vorfeld zu besprechen und zu klären und im zuständigen Ausschuss für Feuerwehr und Ordnung die entsprechenden Möglichkeiten der Stadt Osnabrück darzustellen und mit Angeboten anderer Kommunen zu vergleichen. Er verweist auch auf bestehende gesetzliche Restriktionen.

Abweichender Beschluss gemäß geändertem Änderungsantrag der Zählgemeinschaft SPD/Bündnis 90/Die Grünen:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie ein elektronischer Zulassungsservice umgesetzt werden kann. **Der Beschlussvorschlag wird in den Organisations- und Personalausschuss sowie in den Ausschuss für Feuerwehr und Ordnung verwiesen. Die Verwaltung wird in diesem Sinne beauftragt, die Thematik im Rahmen eines allgemeinen Berichts zum aktuellen Stand einer Umsetzung des E-Gouvernements zu erläutern. Dabei muss unter anderem anhand eines Zeitplanes deutlich werden, welche Projekte bereits umgesetzt wurden, welche zur Umsetzung anstehen und welche möglichen weiteren Projekte realisierbar sind.**

Abstimmungsergebnis:

Der abweichende Beschluss wird einstimmig **angenommen.**